

## „TISCH, TANK ODER TAGFALTER?“ – ERNÄHRUNG, BIOENERGIE UND NATURSCHUTZ IN KONKURRENZ:

*Abschließende Diskussion der Referenten und Teilnehmer*

### Dr. Spandau

Herr Fischler, Sie sagten, dass derzeit über 900 Millionen Menschen Hunger leiden. Wir haben beim Mittagessen diskutiert, wieviel Getreideanbaufläche zusätzlich benötigt würde, um jedem dieser Menschen täglich auch nur eine einzige Semmel geben zu können. Es wäre gewiss eine riesige Fläche. Aber Sie haben auch gesagt, Hunger sei keine Folge unzureichender Produktivität, sondern eine Folge von Armut. Das macht doch nachdenklich, denn einerseits heißt es, um die Ernährung der Weltbevölkerung zu sichern, bedürfe es einer Verdreifachung der Agrarproduktion in den Entwicklungsländern, andererseits aber müssten, um allein den von der EU – vor der letzten Erweiterung – als Ziel formulierten Anteil von Agrar-Treibstoffen am gesamten Treibstoffverbrauch ihrer 15 Mitgliedsstaaten zu erreichen, über die Hälfte von deren landwirtschaftlich nutzbaren Flächen für den Anbau von Energiepflanzen verwendet werden. Ich frage mich, wie diese beiden Ziele erreicht werden sollen.

Schließt das eine nicht das andere aus? Wie soll die Ernährung der Weltbevölkerung gesichert werden, wenn immer mehr Flächen für die Produktion von Agrar-Treibstoffen genutzt werden? Lenken die Politiker überhaupt noch, oder sind sie nur noch Beifahrer?

### Dr. Fischler

Lassen Sie mich meine Ausführungen noch in zwei Punkten ergänzen: Es war meine Absicht, anhand der genannten Zahlen deutlich



zu machen, dass die bisher gesetzten Ziele unrealistisch sind. Wir brauchen daher neue agrarpolitische Ziele, und zwar sowohl globale im Rahmen der Welternährungsorganisation (FAO), als auch europäische und teilweise sogar nationale Ziele.

Zum Beispiel mit den Semmeln möchte ich noch Folgendes anmerken: Semmeln werden aus Weizen hergestellt. Im Laufe der letzten fünfzig Jahre wurde der zunehmende Bedarf an Nahrungsmitteln auf der Erde nur zu einem relativ geringen Teil durch die Nutzung neuer Flächen, zu einem wesentlich größeren Teil hingegen durch die Steigerung der Erträge gedeckt. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die Pflanzenzucht. Dadurch wurde vor allem die Leistungsfähigkeit der Sorten gesteigert. Einer der Gründe dafür, dass in den Jahren 2007 und 2008 die Weizenpreise wesentlich stärker gestiegen sind als beispielsweise die Maispreise, ist, dass die „Monsantos“ das Weizenzüchten aufgegeben haben.



In den letzten fünf bis sieben Jahren sind daher die Weizenenerträge pro Hektar nicht mehr gestiegen, die von Mais hingegen sehr wohl. Die Erklärung dafür ist, dass Weizen sich gentechnisch wesentlich schwieriger verändern lässt. Zudem ist es bis heute nicht gelungen, Hybridweizen zu züchten. Für Hybridsorten aber hätte ein Saatzuchtunternehmen fast automatisch Patentschutz bekommen. Deshalb hat man am Weizen das Interesse verloren. Man sieht wieder mal, wie unmittelbar die Dinge zusammenhängen.

#### **Dr. Spandau**

Sie haben auch gefragt, wie gleichzeitig die Landwirtschaft intensiviert und die Umwelt geschützt werden kann. Herr Daxenberger, diese Frage gebe ich gleich an Sie weiter.

#### **Sepp Daxenberger**

Grundsätzlich ist eine Intensivierung der Landwirtschaft weder böse noch gut. Ich betreibe jetzt seit 25 Jahren ökologischen Landbau und habe natürlich auch intensiviert, um höhere Erträge zu erwirtschaften: durch mehr Wissen und besseres Können. Intensivierung bedeutet ja nicht notwendigerweise, dass man mehr Dünger oder mehr Pflanzenschutzmittel einsetzen muss. Um nochmals das Beispiel mit den Semmeln aufzugreifen: Momentan landet das Getreide der Armen in den Futtertrögen der Reichen.

Herr Fischler geht vom Status quo aus, das heißt, er geht davon aus, dass die Wachstumsraten vor allem beim tierischen Eiweiß zu verzeichnen sind. Bei uns werden nicht deshalb ungleich mehr Nahrungsmittel pro Einwohner verbraucht als anderswo, weil wir so viel mehr essen, sondern weil wir deutlich mehr veredelte Nahrungsmittel zu uns nehmen: Um 1 Kalorie Fleisch zu gewinnen



braucht man 7 bis 8 Kalorien Getreide. Zudem werfen wir, wie ich bereits erwähnt habe, auch noch 35 Prozent unserer Lebensmittel weg. Insofern stellt sich eigentlich gar nicht die Frage, ob wir genügend Nahrungsmittel produzieren können. Es stellt sich vielmehr die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit. Wir sollten einfach nicht so viel verbrauchen, anderen nicht so viel wegnehmen und vor allem nicht so viel wegwerfen. Dort, wo Hunger herrscht, müssen wir den Menschen natürlich helfen. Herr Fischler hat sicherlich auch recht, wenn er sagt, dass wir es wohl nie schaffen werden, überall den Hunger zu beseitigen. Aber in vielen Regionen fehlt es einfach am Wissen, wie sich höhere Erträge erzielen lassen, ohne den Boden auszulaugen.

#### **Carl-Albrecht Bartmer**

Es ist eine große Herausforderung für eine moderne, nachhaltige Landwirtschaft, die Ziele Intensivierung und Umweltschutz zugleich und am selben Ort zu verwirklichen. Ich muss ganz deutlich sagen: Für Intensivierung braucht es mehr als nur Dünger und Pflanzenschutzmittel. Zunächst und vor allem bedarf es eines besseren Verständnisses sämtlicher System-Zusammenhänge

einschließlich der Einwirkungsmöglichkeiten des Menschen. Für die Erforschung dieser Zusammenhänge brauchen wir die Wissenschaft. Es genügt nicht, an einem Standort nur einen Sack Dünger auszubringen. Damit lässt sich die Produktion wahrscheinlich weniger steigern als durch die Verbreitung von Kenntnissen über Fruchtfolgen, den sinnvollen Umgang mit Boden und Wasser sowie für den jeweiligen Standort geeignete Pflanzenarten.

Aber es gibt eben auch einen Unterschied zwischen eher rückständigen und unseren, mit modernem Know-how und fortschrittlicher Technik bewirtschafteten mitteleuropäischen Agrar-Standorten, die – außerdem noch gesegnet mit optimalen klimatischen Rahmenbedingungen – hohe Erträge liefern können. Eine der Schlüsseltechnologien, die hier zum Einsatz kommen, ist die Züchtung: Sie greift in das Herz der Produktion ein, denn sie bestimmt den Rahmen, in dem sich eine Pflanze entwickeln kann. Auf jeden Fall muss man sich über alle uns zur Verfügung stehenden agrartechnischen Instrumente Gedanken machen und sich zugleich um ein tieferes Verständnis einer Pflanze bemühen. Selbstverständlich – das ist eine Frage der Verantwortung – muss über diese Dinge auch eine Wertediskussion geführt werden.

Es kann nicht sein, dass wir eine Trennung zwischen Schutz- und Schmutzgebieten vornehmen. Allerdings wird auch kein Weg daran vorbeiführen, dass wir auf der einen Seite von den natürlichen Gegebenheiten begünstigte Standorte haben werden, auf denen mit den Mitteln nachhaltiger Technologien hohe Erträge erzielt werden müssen, während auf der anderen Seite an ande-

ren Standorten Raum geschaffen werden muss für die Ziele des Umwelt- und Artenschutzes. Wildkräuter und 100 Doppelzelter Weizen wachsen nun einmal nicht auf ein und demselben Acker.

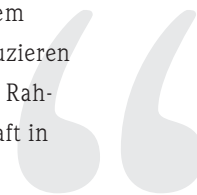
#### **Dr. Spandau**

Wenn es auch nicht explizit zur Sprache kam, so hat sich, wenn ich recht sehe, dennoch eine Frage wie ein roter Faden durch alle Vorträge gezogen: die Frage des Geldes. Es wurde immer auch über Geld gesprochen, wenn es um „Tisch, Tank und Tagfalter“ ging. Herr Fischler, Sie haben gesagt, Europa könne gar nicht wettbewerbsfähig sein bei der Produktion von Pflanzenöl. Daher erhebe man bei uns auch stets die Forderung nach Förderung. Vor diesem Hintergrund stellt sich natürlich die Frage, was in welchem Umfang von der EU subventioniert werden sollte.

#### **Lutz Ribbe**

Zunächst einmal ist die Landwirtschaft vor allem dazu da, gesunde und umweltverträgliche Nahrungsmittel zu produzieren. Ich stimme Herrn Fischler zu, wenn er sagt, Umweltverträglichkeit setze eben auch voraus, dass der Tagfalter eine Chance hat. Allerdings ist es nicht an erster Stelle die EU, die dafür zur Kasse zu bitten ist, sondern der Konsument.

Gesunde, umweltverträglich produzierte Nahrungsmittel müssen uns allen etwas wert sein. Wir können nicht gleich nach dem Staat rufen und Geld fordern. Wir produzieren unter politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Landwirtschaft in der EU massiv belasten.





So herrscht durch den Weltmarkt ein hoher Preisdruck, was sich momentan gerade wieder an den Milchpreisen zeigt. In Neuseeland beispielsweise werden derzeit 13 Cent pro Liter Milch gezahlt. Wir meinen anscheinend, Milch müsste billiger sein als Mineralwasser. Allerdings herrschen in Neuseeland auch ganz andere klimatische Bedingungen als bei uns.

Vor diesem Hintergrund ist es Aufgabe der Politik in der EU, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es unseren Landwirten ermöglichen, bei umweltverträglicher Produktionsweise ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften. Dabei können die politischen Instrumente sehr unterschiedlich sein. So haben wir beispielsweise eine Milchquotenregelung. Ich glaube, wir müssen zunächst über solche Dinge reden und nicht gleich über Geldflüsse.

Wann aber sollte die EU zahlen? Ich sage: „public money for public goods“. Ich finde nicht, dass ein Landwirt zum Beispiel Fördermittel dafür bekommen sollte, dass er seine Produktion so intensiviert, dass er sich unter den brutalen Bedingungen des Weltmarkts behaupten kann. Ich denke, der Staat ist dort gefragt, wo der Markt versagt. Und der Markt versagt eben dann, wenn der Tagfalter keinen Marktwert bekommt. Ich behaupte, dass wir eine Landwirtschaft brauchen, die auf der gesamten Fläche umweltverträglich produziert. Es bedarf daher sehr wohl einer Debatte um Schutz- und Schmutzgebiete: Herr Bartmer, ich werde nicht mit Ihnen zum Nordpol fliegen, um dort eine Genbank für den Tagfalter anzulegen.

#### **Dr. Spandau**

Herr Ribbe nimmt uns alle in die Pflicht, wenn er sagt – ich überzeichne jetzt ein bisschen –, umweltverträgliche Produktionsweise sei nicht Sache der Politik, sei keine Frage der Förderung, sondern Sache der Verbraucher. Es liege an uns, uns sachkundig zu machen über das, was wir kaufen. Weil letztlich die Nachfrage das Angebot bestimmt, sei der Markt viel wichtiger als finanzielle Förderung durch die Politik.

#### **Lutz Ribbe**

Die Politik muss den Rahmen setzen. Und ich meine, dass wir auch mehr Informationen brauchen. Das halte ich für ganz wichtig. Die oft zu beobachtende Verbraucherirreführung muss ein Ende haben. Ich halte es für eine Unverschämtheit, wenn den Verbrauchern vorgegaukelt wird, dass die Milch von einer Kuh auf der Weide komme. Wir wissen alle, dass 90 Prozent aller Kühe im Stall stehen. Außer beim ökologischen Landbau kommt heute kaum noch eine Kuh auf die Weide.

Hier ist die Politik gefordert. Herr Fischler, zu Ihrer Zeit als EU-Kommissar lief das doch auch ganz gut. Damals wurde eine klare Kennzeichnung von Eiern eingeführt. Seitdem ist klar, ob ein Ei aus Käfig-, Boden- oder Freilaufhaltung kommt. Seither kaufen die Verbraucher keine Käfigeier mehr.

#### **Dr. Spandau**

Herr Daxenberger, kann der Wähler angesichts der globalen Probleme, mit denen die Politiker konfrontiert sind, überhaupt noch erwarten, dass seine regionalen Probleme gelöst werden?

### Sepp Daxenberger

Natürlich, ich sehe da keinen Widerspruch. Um regionale Zusammenhänge zu erkennen, muss man nicht den globalen Markt ausblenden. Ich finde sogar, dass wir momentan eine sehr aktive Bewegung hin zur Regionalität haben. Ich sage immer: Regional ist erste Wahl. Wenn dann noch ökologischer Landbau dazukommt, ist es optimal. Wir haben heute schon viel über Energie gesprochen. Wenn wir unsere Produkte über große Entfernungen transportieren, kostet das auch Energie. Produkte werden automatisch billiger, wenn sie nicht weit transportiert werden. Ich halte es für sehr wichtig, regional zu denken und sich ganz bewusst für Produkte aus der eigenen Region zu entscheiden. Das hilft auch dem Tagflatter. Wir Landwirte haben verlernt, uns um die Vermarktung unserer Produkte zu kümmern. Wir sind jahrzehntelang geschult worden, nur ans Produzieren zu denken. Alles, was wir produziert haben, haben wir einfach abgegeben: an die Molkerei, an den Schlachthof. Entsprechend wurde den Verbrauchern über Jahrzehnte eingetrichtert, alle Lebensmittel seien gleich gut. Das ist natürlich Unsinn.

Die Automobilindustrie behauptet ja auch nicht, jedes Auto sei gleich gut. Jeder weiß, dass es Unterschiede und besondere Ansprüche gibt. Warum sollte es bei Lebensmittel anders sein? Wenn ich regionale Nahrungsmittel kaufe, heißt das: Ich unterstütze die Landwirtschaft meiner Umgebung. Damit trage ich nicht zuletzt auch zum Schutz der Kulturlandschaft meiner Heimat bei. Und wenn in den Betrieben meiner Heimat nicht mit Futtermitteln aus der Dritten Welt produziert wird, hat mein Verhalten als Konsument auch Auswirkung auf den globalen Markt. So schließt sich der Kreis.

### Dr. Spandau

Herr Fischler, ist das Wunschdenken oder kann es bei der gegenwärtigen Agrarpolitik der EU tatsächlich zu einer verstärkten Regionalisierung kommen?

### Dr. Fischler

Ich denke, das muss man graduell sehen, das ist keine Frage eines einfachen Entweder-Oder. Zu einem gewissen Grad kann das



auch bei der aktuellen Agrarpolitik der EU erreicht werden, wenn man die Instrumente entsprechend einsetzt. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Mitgliedsstaaten einen großen Spielraum haben, wenn es um die ländlichen Entwicklungsprogramme und die Frage geht, wie sie diese Mittel nutzen. Aber es ist sicher auch richtig zu sagen, dass wir noch lange nicht am Ziel sind. Genau deshalb denkt man ja über einen nächsten Reformschritt nach. Wenn Sie sagen, letztendlich drehe sich alles um Geld, entnehme ich dieser Feststellung nur wenig. Wir sprechen hier über wirtschaftliche Vorgänge – und für diese ist der Maßstab nun einmal Geld. Daraus kann man niemandem einen Vorwurf machen.



Viel wichtiger scheint mir die Frage von Herrn Ribbe zu sein. Sie steht viel mehr im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben, als es bisher deutlich wurde. Ich bin wirklich davon überzeugt, dass genau darin der Unterschied zwischen der europäischen und der globalen Vorstellung von Agrarpolitik besteht. In den USA ist es vollkommen normal, wenn man Millionen von Hektar ehemals landwirtschaftlich genutzten Landes der Natur zurückgibt und zu Naturparks macht. Damit steigert man die Biodiversität. Aber in den Gunstlagen hat die vollständig industrialisierte Landwirtschaft absoluten Vorrang. Der Tagfalter gehört in die Naturparks. Das ist die amerikanische Einstellung.

Genau diese Einstellung können wir in Europa nicht brauchen. Wir müssen imstande sein, unsere landwirtschaftlichen Vorzugsflächen so zu bewirtschaften, dass auch der Tagfalter Berücksichtigung findet. Darum geht es – aus vielen Gründen. Das ist es auch, was die Gesellschaft im Grunde will. Es ist ein Kunststück, fertigzubringen, dass eine produzierende Kulturlandschaft auch einen hohen ökologischen Wert besitzt. Stellen Sie sich vor, was passieren würde, wenn man

beispielsweise im Pariser Becken, wo auf Vorzugsflächen 11 Tonnen Weizen pro Hektar erwirtschaftet werden, keine Rücksicht mehr auf das Grundwasser nehmen würde! Das kann keine politische Zielsetzung sein.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zum Wissenstransfer in die Entwicklungsländer. Meiner Auffassung nach sind wir immer noch viel zu sehr von einer Art kolonialem Denken geleitet. Wir übertragen unsere europäischen Vorstellungen davon, was erfolgreicher Landbau ist, in andere Klimate, auf ganz andere Strukturen und Bedingungen, und glauben, das funktioniere auch dort. Wir müssen viel stärker darüber nachdenken, welches Wissen wir transferieren und wie dieses Wissen vor Ort weiterentwickelt werden kann.

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Punkt wichtig: Die Politik hat eine große Verantwortung im Bereich der Forschung. Wir dürfen nicht vergessen, dass – genauso wie in der Pharmaindustrie – auch in der Pflanzenschutz-Industrie ein Großteil der Forschung privat finanziert wird. So müssen wir in der Pharmaindustrie erleben, dass

diese nicht bereit ist, Medikamente für bestimmte Tropenkrankheiten zu entwickeln, weil die zu erwartenden Einnahmen niemals die Kosten decken würden. Ebenso wenig ist die Pflanzenschutz-Industrie bereit, spezielle Mittel für Tropenprobleme zu entwickeln, weil kein Geschäft daraus werden würde. Daher sehe ich als einzigen Ausweg aus dieser Situation, dass solche Forschungen sehr viel stärker durch öffentliche Mittel gefördert werden müssen.

#### **Lutz Ribbe**

Herr Fischler hat in seiner Amtszeit als EU-Kommissar den Begriff des europäischen Agrarmodells geprägt, das sich tatsächlich von anderen Formen intensiver Agrarproduktion unterscheidet. Dass in Europa Landwirtschaft mehr ist als reines Produzieren, spielt auch für mich als Umweltschützer eine wichtige Rolle. Die Frage des Arten- und Naturschutzes, die Frage der Erhaltung der Biodiversität entscheidet sich nicht in den Schutzgebieten. Sie entscheidet sich auf dem Acker. Nur wenn es uns gelingt, auch dort die Artenvielfalt zu erhalten, werden wir Erfolg haben. Der momentane Rückgang der Zahl der Arten in unserer Kulturlandschaft ist erschreckend.

Der Präsident der EU-Kommission, Herr Barroso, hat am vergangenen Montag in Athen verkündet, dass wir unser Ziel, den Artenverlust zu stoppen, nicht erreichen. Dies macht deutlich, dass die bestehenden Gesetze nicht geeignet sind, die Biodiversität zu erhalten. Hier muss man in der Tat gegensteuern. Dabei darf man nicht sagen, es gehe nur um die Verteilung von Geldern. Der Politik stehen auch andere Instrumente zur Verfügung. Wir brauchen andere Standards, wir müssen

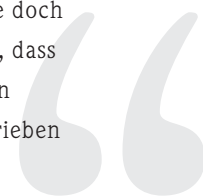
unserem Wirtschaften andere Maßstäbe setzen. In diesem Zusammenhang muss man auch prüfen, ob die ökologischen Planierungen immer die richtigen sind.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Gedanken aufgreifen: Auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin habe ich in einer Halle ein riesiges Plakat der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL) gesehen. Wer wissen möchte, wer die FNL finanziert, sollte sich deren Homepage anschauen: Die Crème de la crème der Agrarindustrie! Auf dem Plakat stand: „Wir können die Welt ernähren“! In Wahrheit können wir uns momentan selbst nicht ernähren und importieren deshalb zum Beispiel Futtermittel. Wir sollten daher schon darüber nachdenken, wie wir dazu beitragen könnten, den Menschen in den Entwicklungsländern zu ermöglichen, sich selbst ausreichend und auch besser zu ernähren. Da gibt es noch große Potentiale.

Zurückkommend zum Thema Bioenergie, möchte ich aber darauf hinweisen, dass wir derzeit dabei sind, eher das Gegenteil zu tun. Wir nehmen diesen Ländern nämlich nicht nur ihr Soja weg, sondern auch noch die Flächen, auf denen für uns Futtermittel und mittlerweile sogar Energiepflanzen angebaut werden. Das halte ich für fatal.

#### **Dr. Spandau**

Herr Bartmer, wenn Sie den Ruf nach mehr Regulierung hören, müssen Sie doch zusammensucken. Ist es wirklich so, dass Landwirtschaft nur unter ganz klaren politischen Vorgaben nachhaltig betrieben werden kann?





### Carl-Albrecht Bartmer

Wenn man bedenkt, dass die meisten landwirtschaftlichen Betriebe über viele Generationen von der gleichen Familie bewirtschaftet wurden, dann trifft der Begriff Nachhaltigkeit – wenn überhaupt für einen Bereich der Wirtschaft – am ehesten auf die Landwirtschaft zu. Ich will damit nicht behaupten, dass alles, was ein Landwirt heute tut, am Ideal der Nachhaltigkeit orientiert ist. Dennoch streben viele Bereiche der Wirtschaft erst noch nach Dingen, die in der Landwirtschaft schon seit Generationen gang und gäbe sind.

Bürokratie ist eine Folge von Regulierung. Man hat ganze Kommissionen gegründet, die genau da ansetzen sollen, weil man festgestellt hat, dass ein Staat, der mit einem riesigen Kontrollaufwand alles bis ins Detail zu regeln versucht, nicht nur den Handlungsspielraum der örtlich Verantwortlichen einschränkt, sondern auch selbst einen riesigen Aufwand betreiben muss, der die Volkswirtschaft dramatisch belastet. Wer mehr Regulierung fordert, darf nicht nach Entbürokratisierung rufen.

Ich bin zwar der festen Überzeugung, dass der Staat auch beim Umweltschutz und bei der Förderung nachhaltigen Wirtschaftens hoheitliche Aufgaben zu erfüllen hat, aber dafür gibt es ein spezielles landwirtschaftliches Fachrecht. Allerdings bin ich nicht der Meinung, dass dieses Fachrecht für die Erfüllung dieser Aufgaben nicht ausreicht.

Noch ein Wort zum Thema „europäisches versus amerikanisches Agrar-Modell“: Ich bewirtschafte in Lößnitz in Sachsen-Anhalt einen Betrieb, der seit 300 Jahren im Besitz meiner Familie ist. Meine Vorfahren haben

dort großartige Dinge gemacht. Beispielsweise haben sie aus unterschiedlichen Gründen mitten in den Feldern wunderbare Feldremisen angelegt. Diese bieten heute vielen Arten Lebensraum. Wir haben auch Hecken zwischen den Feldern, die allerdings so groß sind, dass sie mit modernem technischem Gerät intensiv bewirtschaftet werden können. Ich Sorge auch dafür, dass auf meinem Weizenfeld möglichst weder Klette noch Fuchschwanz wachsen, weil dies das Ernteergebnis beeinträchtigen würde. Das ist für mich eine Form nachhaltigen, intensiven Anbaus. Ein solcher ist die Voraussetzung dafür, dass auf einer begrenzten Fläche höhere Erträge erwirtschaftet werden können, was ja auch Herr Fischler als notwendig bezeichnet hat. Nachhaltige Intensivierung von Gunststandorten halte ich für die Voraussetzung dafür, dass wir solche Remisen und Hecken anlegen können.

Nun zum Thema „regional versus global“, „Fernhandel oder regionale Kreisläufe“: Es wird immer wieder behauptet, dass es vielen Menschen auf der Welt ohne globalen Handel besser ginge.

Beispielsweise würden durch das gegenwärtige System des Welthandels manchen Ländern bestimmte Rohstoffe entzogen, die sie eigentlich selber benötigten. Auch würden für den Export bestimmte Produkte oft unter Arbeitsbedingungen hergestellt, bei denen die international anerkannten Sozialstandards nicht eingehalten werden.

Warum wird dann aber gerade bei den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) immer wieder intensiv darüber diskutiert, ob die Agrar-Märkte offen genug seien oder ob wir unsere Märkte nicht besser durch





Export-Subventionen und Zölle schützen sollten? Offenbar sind nicht nur wir am Handel mit Agrar-Produkten interessiert. Vielmehr scheint es auch seitens der Entwicklungsländer ein ausgeprägtes Interesse daran zu geben, Zuckerrohr oder Gemüse an die kaufkräftigen und lukrativen europäischen Märkte zu liefern.

Wir leben in einer globalen Welt, wir alle profitieren von dem gegenwärtigen System globaler Arbeitsteilung: Jeder muss auf dieser Welt das tun dürfen, was er am besten kann. Es gibt kein funktionierendes Gegenmodell, bei dem in regionalen Kreisläufen nur Klee und Gras gefüttert wird, obwohl viele Entwicklungsländer gerne Sojaschrot als Futtermittel exportieren würden, damit auch bei ihnen die Wirtschaft vorankommt. Wir können uns gerne über die Folgekosten dieser Transporte unterhalten sowie darüber, ob sie richtig in die Preise eingerechnet sind. Über die durch den Transport von Sojaschrot nach Europa verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen oder den Sinn des Rück-Exports von Tieren bzw. Milchprodukten kann man durchaus diskutieren. Dennoch halte ich den internationalen Handel für unverzichtbar zur Lösung unserer Zukunftsaufgaben. Wir stehen

vor riesigen Herausforderungen, und um diese zu meistern, brauchen wir auch eine leistungsfähige Agrarwirtschaft.

#### **Dr. Spandau**

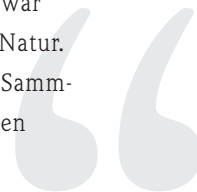
Darüber herrscht Konsens. Was hingegen unter „Nachhaltigkeit“ zu verstehen ist, darüber gehen die Meinungen zum Teil weit auseinander. Darum, auch in diesem Punkt eine gemeinsame Basis zu finden, ringen wir hier ein bisschen.

Herr Prof. Haber, das ist Ihr Thema. Sie haben 1966 das Konzept der differenzierten Landnutzung entwickelt. Wir haben von Herrn Ribbe gehört, dass wir uns nicht darauf konzentrieren sollten, mehr Nahrungsmittel zu importieren. Das führe zu Problemen in den Entwicklungsländern. Andererseits haben wir von Herrn Fischler gehört, dass wir den weltweiten Bedarf an Nahrungsmitteln irgendwie decken müssen. Also geht es vielleicht doch nicht ohne Intensivierung, wie wir gerade von Herrn Bartmer gehört haben?

#### **Prof. em. Dr. Dr. h.c. Haber**

Es gibt in dieser komplexen Situation, die noch dazu, je mehr wir wissen, immer komplexer wird, keine einfachen Lösungen. Vielleicht darf ich dazu erst einige allgemeine Bemerkungen machen.

Herr Bartmer, Sie haben heute das Wort von Charles Darwin zitiert: „Alles, was gegen die Natur ist, hat auf Dauer keinen Bestand.“ Seien wir mal ehrlich: Landwirtschaft war von Anfang an ein Handeln gegen die Natur. Unsere Vorfahren haben als Jäger und Sammler 30.000 Generationen zu je 30 Jahren gelebt.





In dieser langen Zeit wurde ihr Verhalten geprägt. Warum sie sich eines Tages – und das ist erst 600 Generationen her – entschlossen, zur Landwirtschaft überzugehen, wissen wir nicht. Über die Gründe wird viel spekuliert, aber wir können uns nicht in die Menschen von damals hineinversetzen. Jedenfalls haben sie es getan, und das war eine Handlung gegen die Natur. Wer Ackerbau betreiben, wer Getreide anbauen will, muss zerstören, was von allein dort wächst. Man bezeichnet das zwar lieber mit vornehmeren Ausdrücken wie Roden und Umpflügen, aber es ist Zerstören. Auf dem Boden, dessen Vegetation man zuvor zerstört hatte, wurden dann Feldfrüchte angebaut. Unsere Vorfahren haben sehr bald gelernt, dass die höchsten Erträge vom Getreide kommen, also von Gräsern mit essbaren Samen.

Herr Daxenberger – ich möchte ein Wort von Ihnen aufgreifen –, versetzen Sie sich einmal in die Lage eines neolithischen Bauern: Das gerodete Land, auf dem er Getreide anbaute, war das gute Land. Das Land draußen war das Schmutzland, das Gefahrenland, denn die wilde Natur hat immer wieder versucht, in Gestalt von Unkräutern oder Schädlingen auf das gerodete Land vorzudringen. Ein neolithischer Bauer wäre

nie auf einen Gedanken gekommen, der auch nur im entferntesten etwas mit unserer Vorstellung von Naturschutz zu tun gehabt hätte. Das wäre sein Untergang gewesen. Er musste die wilde Natur bekämpfen.

Doch dann kam ein zweiter Punkt hinzu: Die ersten neolithischen Bauern hatten diese neue Methode der Versorgung mit Nahrungsmitteln anfangs nur zum Eigenbedarf betrieben, wenn auch mit der Zeit so erfolgreich, dass sie eines Tages mehr produzierten als sie verbrauchten. In diesem Moment wurde das, was sie über den Zweck der Selbstversorgung hinaus produzierten, zur Ware. Damit entstand im Grunde das, was wir als Land-Wirtschaft bezeichnen, das heißt Agrar-Ökonomie.

Ich beschäftige mich auch mit Semantik und Etymologie, mit der Bedeutung sowie der Herkunft und Geschichte von Begriffen. Woher kommt beispielsweise ein Wort wie Unkraut? So ist mir aufgefallen: In vielen anderen Sprachen heißt Landwirtschaft Agrikultur. Ökonomie kommt darin nicht vor. Das muss doch Gründe haben. In dem Moment, in dem ein Überschuss erwirtschaftet wurde, konnte eine neue Gruppe von Menschen entstehen, die von diesem

Überschuss leben konnte. Das war die Gruppe, aus der die Städter hervorgingen, die dann später den Naturschutz erfanden. Ich betrachte diesen historisch gewachsenen Widerspruch zwischen Ökonomie und Kultur, zwischen wirtschaftlichen Interessen und Naturschutz – das nehme ich für mich als Ökologe in Anspruch – als eine Art ökologisches Axiom, als eine unmittelbar einleuchtende Tatsache. Nun, welche Wege zur Lösung dieses Dilemmas gibt es?

Erhalt und Pflege sowohl der natürlichen Umwelt als auch der Kulturlandschaft: das ist die europäische Tradition, die wir bewahren wollen. Dabei muss man allerdings auch über das reden, was Herr Fischler vorhin als koloniales Denken Europas bezeichnet hat. Bei internationalen Veranstaltungen habe ich oft erlebt, dass uns Europäern noch immer ein gewisses besserwisserisches Verhalten vorgeworfen wird.

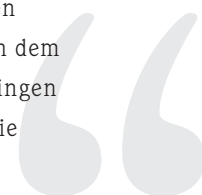
Dabei hatten meine früheren Arbeiten zur differenzierten Landnutzung die Überwindung eben dieses Denkens zum Ziel. Worum es mir ging, war, das Handeln gegen die Natur – was Landwirtschaft ist und bleibt – mit einem Handeln für die Natur zu verbinden, und das heißt: auf der Basis dessen, was die Natur in zeitlichen und räumlichen Dimensionen vorgibt, das rechte Maß zu finden.

Herr Ribbe, in ihren Ausführungen klang ein gewisser Vorbehalt gegenüber einem zu eng gefassten Begriff von Biodiversität durch. Ich teile diesen Vorbehalt voll und ganz: Es geht nicht nur um Biodiversität, sondern um die Diversität der Natur schlechthin. Und die Natur bietet uns eben nicht überall auf der Erde fruchtbares Land, auf dem wir lukrative und erfolgreiche Landwirtschaft

betreiben können. Weite Bereiche sind überhaupt nicht für agrarwirtschaftliche Nutzung geeignet, viele andere Bereiche können höchstens durch besonders genügsame Tiere beweidet werden. Weniger als ein Fünftel der Oberfläche der Kontinente besteht aus nachhaltig bewirtschaftbaren Ackerböden, die wir zudem in vielen Gebieten auch noch haben verkommen oder – beispielsweise durch Erosion – schädigen lassen. Von diesem Befund müssen wir ausgehen.

Daraus aber folgt: Wir müssen die – global betrachtet – relativ wenigen ertragreichen Böden, die überdies zumeist auf der Nordhalbkugel liegen, vorrangig für Ernährungszwecke nutzen. Die Ernährung der Weltbevölkerung hat Vorrang vor allem anderen, deshalb müssen wir diese Flächen auch entsprechend effektiv bewirtschaften. Darüber hinaus müssen wir aber auch einen gewissen Teil dieser Bereiche freihalten für Zwecke wie den Erhalt von Landschaften, Naturpflege oder Landschaftsästhetik. Dafür dient das Konzept der differenzierten Landnutzung, das 1966 erstmals gedanklich entwickelt und 1971 publiziert, von der Agrarwirtschaft aber nie praktisch aufgegriffen wurde – auch nicht vom ökologischen Landbau –, obwohl es nicht nur vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) und vom Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), sondern auch von allen Lehrbüchern empfohlen wird.

Ich jedenfalls sehe darin einen Weg zur Lösung der Fragen, die uns hier bewegen, also zu einem Kompromiss zwischen einem Handeln gegen die Natur, von dem die Landwirtschaft niemals abzubringen sein wird, und einem Handeln für die Natur.





Dieser Kompromiss beinhaltet aber auch, dass wir die Schlaggrößen – das heißt die einheitlich bewirtschafteten Teile der Felder – begrenzen, dass wir nie auf riesigen Flächen gleiche Monokulturen pflügen, sondern auch im Rahmen von Cross Compliance – also der Verknüpfung von Prämienzahlungen mit der Einhaltung von Umweltstandards – stets Fruchtfolgen vorschreiben, denn Fruchtfolge bedeutete, dass niemals zur gleichen Zeit auf großen Flächen dasselbe angebaut wird, dieselben Eingriffe in den Boden vorgenommen werden oder dieselben Düngerausbringungen stattfinden: Alle Maßnahmen sind auf großen Flächen viel weniger schädlich, wenn sie differenziert und zeitlich gestaffelt in Fruchtfolgen getroffen werden.

#### **Dr. Spandau**

Herr Fischler, haben wir also die notwendigen Konzepte und brauchen diese nur noch anzuwenden?

#### **Dr. Fischler**

Da muss man vorsichtig sein. Ich stimme zwar im Prinzip zu, dass Landwirtschaft betreiben in gewisser Weise handeln gegen die Natur bedeutet. Aber man könnte auch sagen: Umgang mit der Natur, denn dabei bedient man sich ja doch ähnlicher Methoden, deren sich die Natur selbst bedient.

Ich sehe das größere Problem ganz woanders: Der entscheidende Unterschied zwischen dem Bauern des Neolithikums und dem heutigen Landwirt ist, dass bis vor ganz wenigen Generationen die Natur stärker war als der Bauer. Mit den Möglichkeiten und Hilfsmitteln, die uns zur Verfügung stehen, ist es genau umgekehrt: Heute ist



die Natur der Verlierer. Deshalb brauchen wir andere Methoden. Wir müssen auch Umweltleistungen der Landwirtschaft als solche bewerten und in das ökonomische System integrieren. Sie haben das Unwort schlechthin eines jeden Landwirts genannt: Cross Compliance.

An Cross Compliance bin ich schuld: Wir haben das aus der einfachen Überlegung heraus eingeführt, dass wir die Landwirte nicht dafür bezahlen können, dass sie bestehende Gesetze nicht einhalten. An sich ist es vollkommen richtig, wenn jemand sagt, die Wasser- oder Nitratrichtlinien und viele andere Regelungen habe es schon lange gegeben, und es gibt ja auch Bestimmungen, wie gegen Verstöße vorzugehen ist.

Die Realität aber sah ganz anders aus: Hier kann ich einen Bauernverbandspräsidenten zitieren, der mich einmal fragte, ob ich verrückt geworden sei und nicht wüsste, dass die Umweltgesetze nur dazu gemacht worden wären, um die Umweltschützer zu beruhigen, nicht aber um durchgeführt zu werden. Sie sehen die Problematik. Ich halte es für eine Illusion, wenn man jetzt seitens verschiedener Bauernverbände glaubt, dass

die Reform 2013 darin bestehe, dass man dies aufgibt. Im Gegenteil, man wird präziser und treffsicherer werden. Dabei kann man gewiss auch darüber nachdenken, wie sich der bürokratische Aufwand kontrollieren und in Grenzen halten lässt.

In diesem Zusammenhang hatten wir einmal eine Debatte, bei der der frühere Ministerpräsident von Bayern, Herr Stoiber, einwarf, dass es ein Wahnsinn sei, dass auf jeden Hof jetzt drei Kontrolleure kämen, worauf ein führender Bauernvertreter aus dem Elsass erwiderte, dass in Frankreich nur einer käme, aber vielleicht habe Bayern ja ein anderes Gesetz. Es kommt also schon auch auf die Art und Weise der Organisation an. Wenn wir in eine Situation geraten, in der einzelne Mitgliedsstaaten die Vorschriften ordnungsgemäß befolgen, während andere sie bestenfalls vom Lesen kennen, dann führt das zu großen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Landwirten. Deshalb sollte man mit diesem Thema wesentlich sorgfältiger umgehen. Am Ende sollten auch die Landwirte verstehen, dass Cross Compliance ein wesentlicher Beitrag zur Fairness ist.

#### **Dr. Spandau**

Herr Daxenberger, betrachten wir das Problem doch einmal auf regionaler Ebene. Sie waren ja auch Bürgermeister. Wie kann ein Gemeindepolitiker das umsetzen, was Prof. Haber und Dr. Fischler eben dargelegt haben? Ist das überhaupt möglich? Oder liegen die Ebenen so weit auseinander, dass man zwar in Brüssel genau weiß, wie es geht, wenn es dann aber in Waging am See umgesetzt werden soll, die Probleme beginnen?

#### **Sepp Daxenberger**

Auf kommunaler Ebene kann man konkret sehr viel umsetzen. Ich hatte den Vorteil, dass ich in einer relativ kleinteiligen Region Bürgermeister war. Wir haben viel bewegt, beispielsweise beim Grundwasserschutz. Als ich Bürgermeister wurde, hatten wir keine eigene Wasserversorgung mehr. Das Grundwasser war zu hoch belastet. Ich habe mir gesagt, es könne doch nicht sein, dass wir unser Wasser aus 20 Kilometer Entfernung herleiten müssen, obwohl wir eigentlich genug eigenes Wasser gehabt hätten.



Daraufhin habe ich mich mit den Landwirten zusammengesetzt. Natürlich ist es eine Leistung, das Grundwasser zu schützen. Man finanziert das mit Ausgleichszahlungen. Heute versorgen wir uns mit unserem eigenen Wasser, das aus 25 Metern Tiefe 200 Meter neben der Gemeindegrenze aus dem Boden kommt und sehr niedrige Nitratwerte aufweist.

Wir haben auch den Tourismus. Viele unsere Landwirte vermieten an Feriengäste. Die haben sehr schnell erkannt, dass Gülle, zum falschen Zeitpunkt ausgebracht, in den See gelangen kann und in der Folge die Touristen vertreibt.



„Touristen sehen bei uns die Kühe auch tatsächlich noch auf der Weide. Auch hinsichtlich der Regionalvermarktung haben wir viel unternommen. So haben wir einen Bauernmarkt ins Leben gerufen, auf dem sowohl ökologisch als auch konventionell produzierende Landwirte ihre Produkte anbieten können. Diese Direktvermarktung hat ihr Selbstvertrauen außerordentlich gestärkt. Sie haben nun nicht mehr diese Abliefermentalität. Und bei all unseren offiziellen Terminen und Feiern werden vorzugsweise regionale Produkte verwendet.

Man kann also sehr viel erreichen, wenn man die richtigen Anreize gibt. Aber natürlich muss die Politik die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, wobei das nicht immer mehr Bürokratie zur Folge haben muss.

**Dr. Spandau**

Herr Ribbe, wenn es ein entsprechendes Angebot gibt, scheint sich auch das Verbraucherverhalten zu ändern. Gibt das nicht Hoffnung?

**Lutz Ribbe**

Natürlich gibt das Hoffnung. Es gibt durchaus positive Beispiele. Die EU hat da viel Segensreiches getan, auch wenn man ganz gerne auf Brüssel schimpft. Bayern schimpft derzeit, Brüssel mache alle Metzgereien kaputt, regionale Wirtschaftsstrukturen würden zerstört. Dabei hat die EU doch gerade eine Richtlinie zur Förderung von Kleinstrukturen erstellt. Was kann man für die regionale Agrarpolitik tun? Dafür gibt es unglaublich viele Möglichkeiten, gerade im Rahmen der „zweiten Säule“ der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Es gibt



viele gute Beispiele, wie in einzelnen Regionen die Agrarumweltprogramme und Programme zur Entwicklung des ländlichen Raumes dieser „zweiten Säule“ umgesetzt wurden.

Wie kommt es denn, dass die Landwirtschaft im Salzburger Land zu 40 Prozent ökologischer Landbau ist? Das hat etwas mit politischen Instrumenten, mit Aufklärung und Bewusstseinswandel zu tun. Ein anderes Beispiel aus dem Nordosten Polens: dort entwickeln wir regionale Energiekreisläufe aus umweltverträglicher landwirtschaftlicher Produktion. Gerade sind wir dabei, eine kleine Ölmühle zu errichten. Das dort gewonnene Leindotteröl werden die Landwirte dann sowohl zu Nahrungsmittelzwecken als auch für den Betrieb ihrer Traktoren verwenden. Hier hilft die EU nur ein bisschen, aber es geht. Oft sind regionale Projekte, die gefördert werden, natürlich Kleininvestitionen, die häufig im Windschatten des öffentlichen Interesses wie von Kapitalgebern liegen.

Noch einmal zum Thema Cross Compliance und Bürokratie: Wenn ich richtig informiert bin, werden etwa 2 Prozent der öffent-

lichen Mittel, die in die Landwirtschaft fließen, für die Verwaltung ausgegeben. So viel finde ich das nicht. In der Tat ist es eine Frage der Organisation, wie viele Prüfer auf einen Betrieb kommen. Bei der Landwirtschaft stört mich oft, dass immer so getan wird, als wäre es überzogen, wenn der Steuerzahler sagt, wir geben Euch 40 Millionen Euro und würden gerne überprüft wissen, ob das Geld auch richtig verwendet wird. Ist das eigentlich schlimm? Diese Überprüfung hat mit Bürokratie zu tun, das ist doch eine ganz normale Geschichte.

**Dr. Spandau**

So hat das Herr Bartmer eigentlich auch nicht behauptet. Wir haben gehört, dass die EU-Förderung in Polen funktioniert, Herr Ribbe ist damit ganz zufrieden. Probleme gibt es bei uns.

**Carl-Albrecht Bartmer**

Ich finde, sie funktioniert auch bei uns ganz gut. Das ist kein Thema, das uns beschäftigt. Natürlich hat ein Staat, der Mittel für die Landwirtschaft bereitstellt, auch das Recht, die Rahmenbedingungen für deren Verwendung festzusetzen und zu überprüfen, ob diese auch eingehalten werden. Was ich gesagt habe ist: Wer mehr Reglementierung fordert, fordert automatisch auch mehr Bürokratisierung. Das ist etwas, was in allen Bereichen der Wirtschaft sehr kritisch gesehen wird.

Ich denke, Herr Prof. Haber, Ihr Konzept der differenzierten Landnutzung wird sehr wohl umgesetzt oder zumindest sehr wohl wahrgenommen. Es ist auch Teil von Projekten der DLG. Ich halte dieses Verfahren zur Zertifizierung der Nachhaltigkeit von

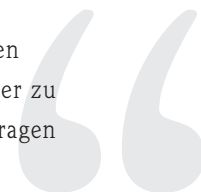
Produktionsweisen landwirtschaftlicher Betriebe, das in enger Zusammenarbeit mit der Universität Halle und dem Wissenschaftszentrum Weihenstephan der Technischen Universität München, die Kriterien für Nachhaltigkeit definiert haben, und das im übrigen gemeinsam mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt – und eben nicht durch Cross Compliance, sondern durch private Initiativen – auf den Weg gebracht wurde, für sehr intelligent konzipiert.

Es ist eigentlich sehr interessant für den Landwirt, da es für ihn viel Zusatznutzen beinhaltet – Stichwort Erosionsvermeidung, Stichwort Fruchtfolgegestaltung, Stichwort ökonomische und soziale Kriterien –, indem es den Interessen des Verbrauchers entgegenkommt und somit beispielsweise auch der Ernährungsindustrie.

Damit kann jeder Landwirt für sich eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln, durch die er seinen Betrieb zertifizieren lassen und einen bis auf den Anfang der Produktionskette zurückreichenden Nachhaltigkeitsnachweis erbringen kann. Ich denke, das ist ein ganz wichtiges Verfahren, das ich der Ausübung hoheitlicher Funktion durchaus vorziehe, weil damit jeder einzelne Landwirt motiviert wird und die Ziele, die in Ihrem differenzierten Landnutzungskonzept definiert sind, in den Betrieben auf ganz spezifische Weise verwirklicht werden.

**Dr. Spandau**

Meine Damen und Herren, Sie haben natürlich die Möglichkeit, mich hier zu unterstützen und den Referenten Fragen zu stellen.





**Dr. Brickwedde**

Mich als Nicht-Agrarfachmann interessieren folgende Fragen: Herr Fischler, wie viele Menschen könnte man ernähren, wenn weltweit vollständig auf ökologischen Landbau umgestellt würde? Alle 9 Milliarden? Ließe sich, was Herr Daxenberger dargestellt hat, global umsetzen oder wäre es nur in bestimmten Regionen realisierbar?

Meine zweite Frage: Mir ist aufgefallen, dass in vielen großen, eigentlich ganz fruchtbaren und reichen Ländern Afrikas Hunger herrscht, beispielsweise im Kongo oder in Simbabwe. Simbabwe war früher ein Nahrungsmittelexporteur, der Kongo ist reicher an Rohstoffen als Deutschland. In solchen Ländern kann Hunger doch nicht nur agrarwirtschaftliche Ursachen haben. Inwieweit spielen dort möglicherweise Korruption und ein Desinteresse der Eliten am Wohlergehen großer Teile der Bevölkerung eine entscheidende Rolle?

**Dr. Fischler**

Gestatten Sie, dass ich zunächst auf die zweite Ihrer beiden sehr wichtigen Fragen eingehe, zu der bereits einige gute Studien existieren: Auf der Welt gibt es vor allem in zwei Regionen landwirtschaftlich noch ungenutztes Flächenpotential – in Afrika südlich der semiariden Zone sowie in Teilen Russlands und der Ukraine, für die der Klimawandel Vorteile haben könnten. Auch in Europa gibt es noch einige Hunderttausend, zum Teil als Folge des Balkankrieges ungenutzte Hektar Land. Diese Flächen sind aber nicht so groß, dass sie eine entscheidende Rolle spielen könnten. Das Flächenpotential

in Afrika hingegen ist beachtlich, und das auch in Gebieten, in denen es sinnvoll wäre, Landwirtschaft zu betreiben, da man dafür keinen Regenwald abholzen müsste.

Für die unbefriedigende agrarwirtschaftliche Entwicklung sind natürlich auch die politischen Verhältnisse in diesen Ländern wesentlich mitverantwortlich, die es unmöglich machen, diese Flächen zu nutzen. Trotzdem kann man nicht sagen, die Menschen dort seien an ihrem Schicksal selbst schuld, da sie einfach schlechte Regierungen hätten.

Ob wir wollen oder nicht: Wir müssen uns ernsthaft mit den Gründen für die Probleme bei der wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigen und dabei ehrlicherweise einräumen, dass nicht immer alle Investitionen hundertprozentig erfolgreich sein können. Man muss bei der Zusammenarbeit nun einmal ein gewisses Risiko in Kauf nehmen, denn sonst kommt überhaupt nichts zustande.

Nun zu Ihrer ersten Frage: Ökologische Landwirtschaft verzichtet beispielsweise auf den Einsatz mineralischer Düngemittel, synthetischer Pflanzenschutzmittel und – in der Tierproduktion – bestimmter Medikamente. Wie es möglich sein soll, auf diese Weise 9 Milliarden Menschen zu ernähren, kann ich mir nicht vorstellen. Würde man nur noch ökologischen Landbau zulassen, hätte das in Europa schon einen Rückgang der Produktionsmenge zur Folge. Andererseits ließen sich in manchen Entwicklungsländern bei der Anwendung rein ökologischer Methoden die Erträge durchaus noch steigern.



**Prof. Dr. h.c. Stolte**

Herr Daxenberger, Sie haben gesagt, dass der, dem es gelänge, die Ernährung der Weltbevölkerung sicherzustellen, über ungeheure Macht verfügen würde. Dazu gehört aber auch die Versorgung mit Wasser. Ich glaube, dass die großen Kriege der Zukunft nicht um Öl, sondern um Wasser und Nahrungsmittel geführt werden.

Herr Fischler vertrat die Ansicht, dass die Ernährung der Weltbevölkerung nur durch globale Kooperation, nicht jedoch durch regionale Selbstversorgung gewährleistet werden kann. Wie aber soll das politisch machbar sein? Wir haben doch gerade erst am Beispiel Erdgas erlebt, wie Druck ausgeübt werden kann auf Länder, deren Energieversorgung von Importen abhängig ist.

Wenn die EU ihr Ziel einer globalen Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln statt Selbstversorgung erreichen möchte, bedarf es dann dazu nicht flankierender politischer Maßnahmen von international weit größerer Durchschlagskraft als die Resolutionen des Weltsicherheitsrates, die nur allzu oft gerade von denen ignoriert werden, die sich eigentlich befolgen sollten?

**Dr. Fischler**

Da kann ich Ihnen nur recht geben. Die Frage ist allerdings, wie sich so etwas erreichen ließe. Dazu wäre es wohl nötig, dass einerseits zunächst die Industriestaaten ihre Versprechungen bezüglich der Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit, die sie ja längst gemacht haben, auch ernst nehmen und tatsächlich erfüllen würden. Andererseits, glaube ich, brauchen wir eine



Weltbehörde für den Umgang mit Problemen, die aus der zunehmenden Verknappung der Ressourcen erwachsen. Um das zu leisten, müsste die FAO freilich vollkommen neu positioniert und anders organisiert werden. Die FAO ist zur Zeit eine UN-Institution, die gemessen an der Zahl ihrer Beschäftigten doch relativ wenig zustande bringt. Sie bedürfte einer Reform an Haupt und Gliedern.

Eine andere Frage ist, wer die notwendigen Entscheidungen trifft. Nachdem in der letzten Zeit nicht mehr nur im Rahmen der Gruppe der Acht (G8) als internationalem Abstimmungsforum die wichtigsten Weichenstellungen vorgenommen werden, sondern daneben die G20 immer mehr an Gewicht gewinnt, ist ein gewisser Fortschritt erkennbar, weil nun auch die großen Schwellenländer mit im Boot sind. Auf dieser Ebene müssten solche Entscheidungen getroffen werden.

**Dr. Spandau**

Eine kurze Frage kann ich noch zulassen: Herr Finkbeiner, bitte.





### Frithjof Finkbeiner

Meine Frage zielt in die gleiche Richtung wie die von Prof. Stolte: Wenn in 40 Jahren noch 3 Milliarden Menschen mehr auf diesem Globus leben, die auch allesamt unseren Lebensstandard erreichen wollen, wofür wir dann eigentlich drei Planeten bräuchten: Wie lassen sich dann ohne massive Regulierungen die Verteilungsprobleme lösen? Ist es nicht notwendig, gerade jetzt globale Spielregeln zu entwickeln, damit beispielsweise nicht mehr mit Nahrungsmitteln spekuliert werden darf? Bietet nicht gerade die gegenwärtige Finanzkrise die Chance, die notwendigen strengeren Rahmenbedingungen zu schaffen?

### Sepp Daxenberger

Die klassische Antwort darauf ist: Jede Krise birgt eine Chance. Auch wir haben die Möglichkeit, in der Krise Chancen zu erkennen. Ob solche strengeren Regeln auch global durchsetzbar sind, da habe ich durchaus meine Zweifel. Ich frage mich, wie dies vereinbar sein soll mit dem Anspruch auf höheren Lebensstandard. Was sind denn die Kriterien für einen höheren oder niedrigeren Lebensstandard? Ist es der Energie- oder der Kalorienverbrauch oder sind es bestimmte Formen von Mobilität? Eine entscheidende Frage wird sein: Müssen wir wirklich weiterhin unsere Nahrungsmittel in so hohem Maße veredeln, dass wir für die Gewinnung von 1 Kalorie Fleisch 8 oder 9 Kalorien Getreide verbrauchen? Umgekehrt müssten wir den ärmeren Volkern Techniken zur Verfügung stellen, die es ihnen erlauben, auf ihren Böden ausreichende Erträge zu erzielen, damit sie nicht auch noch die letzten Bäume abhacken müssen. Solche Schritte

sind es, die wir jetzt unternehmen müssten. Ich sehe aber die politischen Instrumente nicht, mit denen das durchzusetzen wäre. Deshalb versuche ich die Dinge in dem Bereich voranzubringen, in dem ich Möglichkeiten sehe, etwas zu bewegen. Auf globaler Ebene fehlen mir die Instrumente und ich wüsste auch nicht, wie sie aussehen sollten.

### Lutz Ribbe

Ich möchte auf Ihre Frage eingehen, was passiert, wenn es 3 Milliarden mehr Menschen gibt als heute und alle den Anspruch erheben, unseren Lebensstandard zu erreichen: Wir werden uns klar darüber werden müssen, dass dies nicht möglich ist. Ich erinnere an das, was Pater Geißinger heute morgen gesagt hat: Wir werden noch viel nachdenken müssen, um das rechte Maß zu finden.



Ich bin nicht ganz sicher, ob wir alle Herrn Fischler verstanden haben, als er von der globalen Versorgung mit Lebensmitteln statt Selbstversorgung gesprochen hat. Ich habe das nicht so verstanden, Herr Fischler, dass Sie damit sagen wollten, dass wir unsere Böden noch stärker ausbeuten



und das europäische Agrar-Modell zugunsten des amerikanischen aufgeben sollten. Ich habe Sie vielmehr dahingehend verstanden, dass wir unsere Beiträge leisten müssen zur globalen agrarwissenschaftlichen und -wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie zur Entwicklung und Verbreitung des nötigen Know-how mit dem Ziel des Aufbaus einer nachhaltigen landwirtschaftlichen Infrastruktur, damit das erhalten bleibt, was Sie als europäisches Agrar-Modell bezeichnet haben. Was wir leisten müssen, ist also Hilfe zur Selbsthilfe.

**Dr. Spandau**

Hilfe zur Selbsthilfe: Herr Bartmer – bitte ganz kurz – wie geht das?

**Carl-Albrecht Bartmer**

Zur jüngsten großen Knappheitskrise mit entsprechenden Folgen für die Preise ist es gekommen, weil die Vorräte nur noch für 28 Tage reichten. Da wir damit rechnen müssen, dass es in der Zukunft zu stärkeren Schwankungen der Ernteerträge mit entsprechenden Folgen auf die Versorgungslage kommen wird, werden wir nicht umhinkönnen, umfangreichere Vorräte anzulegen. Diese müssten durch eine internationale

Organisation – vielleicht die FAO – dezentral gelagert werden, damit sie im Notfall auf den Markt geworfen werden können.

Die Rolle der Spekulation wird meiner Meinung nach überschätzt. Es ist doch nicht so, dass Spekulanten in großen Mengen Weizen kaufen, den sie dann einlagern, um ihn wieder zu verkaufen, wenn durch diese künstlich herbeigeführte Verknappung des Angebots die Preise in die Höhe getrieben wurden. Heute wird schon längst nicht mehr mit physischer Ware spekuliert. Tatsächlich findet der Handel nur noch auf dem Papier – bzw. auf dem Bildschirm – statt, auch wenn er sich relativ eng um den realen Markt dreht. Ich glaube, dass die letzte Krise tatsächlich Folge einer echten Unterversorgung war. Dagegen aber gibt es das Mittel strategischer Vorratshaltung.

**Dr. Spandau**

Vielen Dank. Lassen Sie mich abschließend kurz zusammenfassen, was wir heute gelernt haben: Wir haben erfahren, dass die globale Sicherung der Versorgung der Weltbevölkerung sowohl mit Nahrungsmitteln als mit Energie zentrale Zukunftsaufgaben sind.

Die Erreichung beider Ziele wird durch den Klimawandel massiv erschwert. Wie sich in den Vorträgen, die wir gehört haben, und in der anschließenden Diskussion immer klarer herauskristallisierte, führen einseitige Maßnahmen zu keiner Lösung.

Bei dem Versuch, Antworten zu finden auf die Frage, was Vorrang hat – „Tisch, Tank oder Tagfalter“ –, ist für mich vieles offen geblieben.

So blieb ungeklärt, ob ein verstärkter Einsatz von Bioenergie mit ordnungspolitischen Maßnahmen, mit steuerlichen Instrumenten oder durch die Kräfte des freien Marktes gefördert werden sollte. Ich kann weder erkennen, was das Ziel sein sollte noch wie es zu erreichen wäre. Bei uns in Deutschland scheint allerdings wenigstens Konsens darüber zu herrschen, dass die Erzeugung gesunder, hochwertiger Nahrungsmittel durch wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Betriebe im Vordergrund stehen muss.

Infolge der Komplexität der Probleme, die auch noch durch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft werden, ist zu befürchten, dass die Kräfte des Marktes allein

die Interessenkonflikte zwischen „Tisch, Tank oder Tagfalter“ nicht werden lösen können. Angesichts der unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten, wirtschaftlichen Strukturen und sozialen Bedingungen auf der Erde gibt es für diese globalen Probleme wohl keine globale Lösung. Und Teillösungen helfen auch nicht weiter.

„Tisch, Tank oder Tagfalter?“ Bei dieser Frage geht es – wie so oft – um die Abwägung einander widersprechender Interessen von Lebensmittelproduzenten, Bioenergieerzeugern und Naturschützern. Wir haben heute zahlreiche der sich daraus ergebenden Probleme angesprochen, aber wir haben in der Diskussion auch festgestellt: rezeptartige Lösungen gibt es nicht.

Bei den Benediktbeurer Gesprächen wollen wir aktuelle Fragen nüchtern, wertfrei und zukunfts offen diskutieren. Ich hoffe, dass auch die diesjährige Veranstaltung aus Ihrer Sicht dazu einen Beitrag geleistet hat. Vielen Dank den Referenten, vielen Dank für Ihr Interesse.